

Tiefe Einschnitte

Die Bemühungen der AUVA, die von der Regierung geforderten Einsparungen in dreistelliger Millionenhöhe zu erreichen, werden immer mehr zum Politikum. Intern tobt ein Machtkampf zwischen den Vertretern von Türkis und Schwarz



Sie hätten sich angesichts der aktuellen ÖVP-FPÖ-Koalition eigentlich sicher fühlen müssen. Immerhin ist die **Unfallversicherung AUVA** der einzige in Selbstverwaltung stehende Versicherungsträger der Sozialpartner, der zu einem großen Teil schwarz geprägt ist - auch deshalb, weil er mehrheitlich aus Unternehmensbeiträgen finanziert wird (siehe Zahl rechts). Doch ausgerechnet die **AUVA** -und ihre Funktionäre -standen von Anfang an im Fokus der Sparvorhaben der Bundesregierung. "Ich

glaube nicht, dass die **AUVA** die geforderten 500 Millionen Euro an Einsparungen erbringen wird", sagte die zuständige Gesundheitsministerin Beate Hartinger-Klein schon im April. Ihre Conclusio damals: Aus diesem Grund bleibe nur die Zerschlagung des auf Arbeitsunfälle spezialisierten Sozialversicherungsträgers übrig.

Nur eine Drohung

Zumindest dieses Szenario scheint -auch aufgrund des großen öffentlichen Interesses am Thema -mittlerweile vom Tisch zu sein. "Die **AUVA** ist praktisch gerettet. Sie ganz aufzulösen, traut sich jetzt niemand mehr", ist Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, jetzt überzeugt. Die Ministerin verwende diese Option lediglich noch als "Drohung" gegenüber der **Unfallversicherung**. Freilich mit dem Makel, dass Hartinger- Klein in Sachen **AUVA** einigermaßen befangen ist. Sie hatte sich vor drei Jahren nämlich selbst für den freien **AUVA**-Generaldirektorsposten beworben. Der heute amtierende Helmut Köberl wurde ihr jedoch vorgezogen. Was auch als politische Entscheidung gegen die FPÖ-Frau Hartinger- Klein zu werten sei, wie ein Branchenkenner hinter vorgehaltener Hand anmerkt. Die nunmehrige Ministerin hat diese Entscheidung aber anscheinend sehr getroffen, sie brachte zweimal erfolglos Klage aufgrund des Gleichbehandlungsgesetzes ein. Das letzte, außerordentliche, Rechtsmittel vor dem Obersten Gerichtshof zog Hartinger-Klein erst im Jänner 2018 -als sie bereits Ministerin und damit fachlich für die **AUVA** zuständig war -zurück.

Ein konkreter Plan

Nichtsdestotrotz hat die Regierung in einem Ministerratsvortrag vom 23. Mai festgehalten, dass sie sich Einsparungen von 500 Millionen Euro von der **AUVA** erwartet. Der mit Ende August festgesetzten Deadline für Vorschläge begegnet man in der **AUVA** nun mit einem so konkreten Plan, dass sich Zentralbetriebsrat Erik Lenz bemüßigt fühlte, die Mitarbeiter vergangene Woche über dessen Eckpunkte zu informieren (siehe Faksimile rechts). Demnach, führt Lenz in seinem Schreiben aus, sei ein "Maßnahmenkatalog" vorgesehen, wonach die Einrichtungen der **AUVA** in eine

"privatwirtschaftliche Organisationsform", also eine GmbH, ausgegliedert würden. Und dies sei, so Lenz, laut **AUVA**- Obmann **Anton Ofner** "der ausdrückliche Wunsch der Ministerin".

Im Gesundheitsministerium will man davon freilich gleich aus drei Gründen nichts wissen: "Wir weisen die Beauftragung des kursierenden Sanierungskonzeptes zurück. Zum Ersten wurde eben noch Stillschweigen vereinbart, woran wir uns halten möchten. Zum Zweiten weichen die kolportierten Gerüchte in ganz zentralen Aspekten vom aktuellen Gesprächsstand ab. Und zum Dritten schließt das verfassungsgesetzliche Prinzip der Selbstverwaltung rechtlich aus, dass die Frau Bundesministerin irgendwelche Konzepte überhaupt in Auftrag geben könnte." Nachsatz: "Sowohl die tatsächlich besprochenen auch die kolportierten Maßnahmen sind Konzepte der Selbstverwaltung." Insgesamt 486 Millionen

Genau diese haben es aber in sich. So sollen neben der Schaffung einer privaten Betreiberfirma auch das **UKH** Kalwang (News berichtete im Mai) und das **UKH** Lorenz Böhler sowie das **Rehabilitationszentrum Weißer Hof** mit ihren Leistungen -nicht aber ihrem Personal - an andere Standorte verlegt werden. "Alles zusammen bringt 486 Millionen Euro Einsparung. Dafür riskiert man aber den Tod der **Unfallkrankenhäuser**", sagt ein Insider. Außerdem sollen die Landesstellen der **Unfallversicherung** eingespart, Präventionsmaßnahmen abgedreht sowie nur noch jede dritte Stelle nachbesetzt werden.

An der Spitze der **Unfallversicherung** selbst sieht man noch keinen Grund zur Aufregung. "Was derzeit kursiert, sind nur Denkvarianten, verschiedene Möglichkeiten, wie man dort hinkommt, wohin die Regierung es will", sagt **AUVA**-Sprecherin Sonja Rosenberger: "Es gibt aber noch kein fertiges Konzept." Dieses werde erst beim Vorstandstreffen am Samstag vorliegen: "Eine Privatisierung wollen wir aber auch nicht. Selbst eine Betriebs-GmbH soll zu 100 Prozent im Besitz der **AUVA** stehen."

Die 5.700 Personen starke Belegschaft der **Unfallversicherung** scheint indes einigermaßen nervös geworden zu sein. Nicht nur, dass Nachbesetzungen ausbleiben könnten, befürchtet man schon jetzt die Abwanderung international renommierter Unfallchirurgen. "Tatsächlich ist es so, dass wir jetzt schon Stellen nicht mehr besetzen, weil sich Bewerber davor scheuen, einen potenziell gefährdeten Arbeitsplatz anzunehmen", erzählt ein Arzt: "Das mindert auf Dauer natürlich die Qualität der Behandlungen."

Noch dazu, da die Causa immer mehr zum Politikum verkomme. "Das Ganze hat alles von einer klassischen Umfärbeaktion", sagt auch ÖGB-Sekretär Achitz. Immerhin könne man bei einer Neustrukturierung immer auch von einer neuen Führungsspitze ausgehen. Wenn nicht gleich, dann doch spätestens im Jahr 2029, wenn der gesamte Umbau der **AUVA** abgeschlossen sein soll. Auf diese Weise könnten Spitzenjobs für FPÖ-nahe Personen geschaffen werden, "die bei Kammerwahlen derzeit keine Chancen haben, einen Fuß in die Tür zu bekommen", ätzt ein Wirtschaftskammerer. Auch so mancher ÖVPLer rechnet sich Karrierechancen aus - vor allem, wenn er der Regierung von

Sebastian Kurz nahe steht. "Derzeit heißt es neue gegen alte ÖVP -also Türkis gegen Schwarz -bei uns", so ein anderer **AUVA**-Mitarbeiter. Während die meisten Vertreter der ÖVP-nahen Arbeitnehmervertretung ÖAAB das Konzept der Selbstverwaltung hochhalten würden, gebe es doch einige, deren Festhalten an einer Privatisierung nicht ganz uneigennützig sei.

So wird dem stellvertretenden **AUVA**- Generaldirektor Thomas Mück nicht nur ein gutes Verhältnis zu Ministerin Hartinger-Klein nachgesagt, sondern auch Interesse an einem eventuell neu geschaffenen GmbH-Geschäftsführerposten. Allein aus diesem Grund schon soll er Regierungswünschen gegenüber aufgeschlossener als andere sein. Auch die Rolle von **AUVA**- Obmann Ofner, der als Vertreter der alten ÖVP gilt, wird von einem bekannten Unternehmer als "undurchsichtig" beschrieben: "Er wurde vor drei Jahren von der Wirtschaftskammer für genau diese Rolle ausgesucht. Immerhin hat er schon Erfahrungen mit Ausgliederungen." Weder Mück noch Ofner wollten News gegenüber eine Stellungnahme abgeben.

Eine hohe Investition

Dabei könne die **AUVA** auch anders weiter geführt werden, sagt Zentralbetriebsrat Lenz zu News: "Dass die bekannten Maßnahmen direkt vom Obmann kommen, ist für ihre Relevanz nicht ganz unwichtig. Aber es gibt auch alternative Strategien." So habe er schon Mitte April der Ministerin ein Konzept vorgelegt (siehe Faksimile links), womit man "im Gesamtsystem drei Milliarden Euro" erwirtschaften könne. Freilich mit einem Haken: "Die 500 Millionen Euro dürfen nicht eingespart, sondern müssen erst einmal investiert werden."

1,3 Prozent der Lohnsumme zahlt ein Unternehmen an die **AUVA** und übergibt so die Haftung für Arbeitsunfälle. Künftig sollen es nur 0,8 Prozent sein
370.000 Behandlungen führt das medizinische Personal der **AUVA** jährlich durch.
40.000 davon sind als reine Arbeitsunfälle zu klassifizieren

[nach oben](#)